

Aufbruch!



Fraktion Aufbruch! im Rat der Stadt Sankt Augustin

Ihr/e Gesprächspartner/in: Barbara Knopp, Carmen Schmidt, Wolfgang Köhler

Verteiler: Vorsitzende(r), I, III, IV, FV, BRB,

Federführung:

Termin f. Stellungnahme:

erledigt am:

Anfrage

Datum: 22.07.2010

Drucksachen-Nr.: 10/0245

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Jugendhilfeausschuss	05.10.2010	öffentlich /

Betreff

Möglichkeit der Krisen-Intervention durch 24-Stunden-Rufbereitschaft

Durch diverse bekannt gewordene Fälle extremer Kindes-Misshandlung ist das Verhältnis von Prävention und Intervention der Jugendämter auf die Tagesordnung gelangt. Dabei sind auf Grund anspruchsvoller gewordener gesetzlicher Regelungen, durch gestiegene gesellschaftliche Erwartungen und durch die prekäre Haushaltslage der Kommunen die Haushalte im Jugendhilfebereich unter Druck geraten. Umso stärker hat der Gedanke Platz gegriffen, dass Vorbeugen besser als Nachsorgen, Vermeiden wirksamer und billiger als Reparieren ist; will sagen, neben die klassische Rolle der Jugendämter als Interventionsbehörde ist zunehmend die Präventionsarbeit getreten (vgl. Aufsuchen von jungen Familien mit Neugeborenen; Runder Tisch).

Trotzdem muss das Jugendamt in der Lage sein, im Krisenfall frühzeitig intervenieren zu können. Dazu gehört zwingend die Möglichkeit, einen Krisenfall frühestmöglich zu erkennen bzw. gemeldet zu bekommen.

Fragestellung:

1. Gibt es in Sankt Augustin ein "Krisen-Telefon", d. h. eine 24-Stunden-7-Tage-in-der-Woche-Rufbereitschaft?
2. Falls ja: Wie ist die betreffende Telefon-Nummer publiziert? Ggf.: Wie kann sie besser publiziert werden?
3. Falls nein: Wird eine solche Rufbereitschaft von der Verwaltung nicht für zwingend notwendig gehalten? Ggf.: Aus welchen Erwägungen heraus?
4. Wenn die Verwaltung eine solche Rufbereitschaft für erforderlich hält, wie und mit welchem tech-

nischen, personellen und finanziellen Aufwand könnte sie eingerichtet werden? Ggf.: Ab wann könnte sie in Betrieb gehen?

5. Im Zusammenhang mit dieser Thematik: Welche Erfahrungen kann die Verwaltung in Hinsicht auf die Zusammenarbeit verschiedener mit Kindern / Jugendlichen befassten Stellen zum Zweck der Prävention oder / und Krisen-Intervention berichten (Stichwort: Runder Tisch)?

gez. Barbara Knopp

gez. Carmen Schmidt

gez. Wolfgang Köhler